

LINKSPARTEI

Dramatischer Appell

Um den negativen Trend in den Umfragen zu brechen, setzt die Linkspartei in der Schlussphase auf einen „48-Stunden-Dauerwahlkampf“. In einem dramatischen Appell an die Parteimitglieder hat Wahlkampfchef Bodo Ramelow sie dazu aufgerufen, vom Freitag, dem 16. September, bis zum Wahlsonntag permanent Wahlkampf zu führen. Der Grund: Ein Teil der Anhängerschaft habe „unter dem Eindruck der Kampagnen der großen Parteien inzwischen wieder zu zweifeln begonnen“, so Ramelow. Die Wahlkämpfer sollten deshalb nun in einen Kampf Mann gegen Mann eintreten. Sie sollten „das persönliche Gespräch mit dem Nachbarn“ führen, potentielle Wähler ansprechen – ob im Wartezimmer des Arztes, auf der Straße, in der Bahn oder beim Friseur. Außerdem sollten



MICHAEL URBAN / DDP

Anhänger der Linkspartei (in Bernau)

Wähler per Telefon, SMS oder E-Mail erreicht werden. Die Genossen werden auch zum Rapport an die Internet-Wache in der Parteizentrale aufgefordert. In dem Brief heißt es dazu: „Jede Meldung nach dem Motto: ‚13 Uhr: habe sieben Bayern auf Urlaub am Potsdamer Platz gewonnen‘ oder ‚23 Uhr: Infostand auf der Reeperbahn‘“ würde sofort ins Netz gestellt.

ERINNERUNG

Kirchen contra Vertriebenenzentrum

In der Debatte um ein vom Bund der Vertriebenen und seiner Chefin Erika Steinbach geplantes „Zentrum gegen Vertreibung“ stellen sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und der Polnische Ökumenische Rat gegen die Vertriebenen, die von Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel unterstützt



Entladung von Hilfsgütern auf dem US-Stützpunkt Pensacola (Florida)

AMERIKA - HILFE

Annahme verweigert

Die Bundesregierung musste die Lieferung von Lebensmitteln für die Flutopfer im Süden der USA Ende voriger Woche stoppen, zumindest vorübergehend. Der Grund: Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hatte die Einfuhr der „Einmannpackungen“ (EPA) der Bundeswehr verboten. Auch die Verteilung von Nostrationen aus anderen Ländern wie Großbritannien und Russland wurde untersagt. Die US-Regierung befürchtete, dass mit der Militärkost die Rinderseuche BSE eingeschleppt werden könnte. Ein mit 15 Tonnen EPA beladener Airbus der Luftwaffe erhielt trotz intensiver Bemühungen des Auswärtigen Amts keine Überfluggenehmigung für die USA. Am Freitagmorgen wurden die deutschen Care-Pakete in Köln-Wahn wieder ausgeladen und in ein Depot gebracht. Dabei hatte sich der neue US-Botschafter William Timken bereits mehrfach für die ersten 20 000 EPA bedankt, die „schon von Flutopfern ver-

zehrt werden“. Die etwa zwei Kilos schweren Tagesrationen enthalten Fertiggerichte wie Hamburger, Gulasch mit Kartoffeln oder Nudeln mit Tomatensauce, Wurstkonserven, Marmelade und Getränkepulver. Militärs am US-Stützpunkt Pensacola in Florida, wo die deutschen „Rosinenbomber“ (Bundeswehreigenlob) bisher landeten, bezweifeln die offizielle Begründung der Amerikaner. In Wirklichkeit wolle die Bush-Regierung weitere für sie peinliche Bilder von Lebensmittellieferungen aus Europa vermeiden. Tatsächlich sind die deutschen EPA sogar von der Nato als BSE-frei zertifiziert und werden bei gemeinsamen Einsätzen – wie in Afghanistan – auch von US-Soldaten gegessen. Aufgeschreckt durch eine Anfrage des SPIEGEL, erklärte die US-Botschaft am Freitagabend, die Sperre für EPA werde wieder aufgehoben. Offen blieb jedoch, ob die Hilfsflüge der Bundeswehr wieder aufgenommen werden dürfen.



CHRISTIAN DITSCH / VERSION

Steinbach

werden. In einer Erklärung der Kirchen, die sie aus Anlass des 40. Jahrestags der sogenannten Ostdenkschrift herausgeben wollen, heißt es: „Die Einrichtung eines einzigen ‚Zentrums gegen Vertreibung‘ in Berlin würde den bisherigen positiven Schritten auf dem deutsch-polnischen Weg der Versöhnung und der europäischen Dimension dieser Herausforderung nicht gerecht.“ Mit der Ostdenkschrift hatte die EKD im Oktober 1965 geholfen, den Weg freizumachen für eine Aussöhnung zwischen den einstigen Kriegsgegnern.